

Wiemeler Dampfboot.

№ 42.

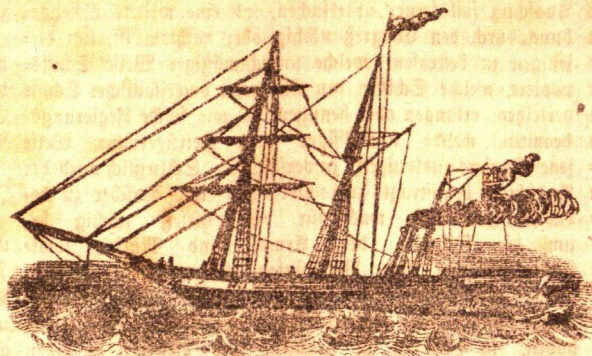
1874.

Donnerstag.

den 19. Februar.

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
prænumerando 1 Thlr.
mit Botenlohn sowie bei allen Post-
Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.



Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltheile von Abonnent-
ten mit 1 Sgr. 4 Pf., von Nicht-
Abonnenten und Auswärtigen mit
1 Sgr. 8 Pf. berechnet.
Reclamen pro 1-spaltige Petitzeile 2 Sgr.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nach-
mittag 2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 1 Sgr.

Tages-Chronik.

Den 19., Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Schützenaale Vor-
lesung zum Besten des Armen-Unterstützungs-Vereins. Den
20., Vorm. 10 Uhr, auf dem A. C. Krieger'schen Platz
Verkauf von Schwarten und Eichen-Brennholz.

Der Sturz des Ministeriums Gladstone

in England ist eine Thatfache, die allgemein überrascht hat
und über deren Gründe die mannigfachen Betrachtungen
angestellt werden. Die geheime Abstimmung, das Ballot,
das bei den gegenwärtigen Parlamentswahlen zum ersten-
mal zur Anwendung kam, hat nach der liberalen Seite
hin die Probe schlecht bestanden, in den Händen des gerie-
benen Disraeli aber den Tories unbezahlbare Dienste ge-
leistet. Die Massen in England sind nämlich nichts weniger
als politisch gebildet; im Gegentheil, man schreibt ihnen
einen höhern Grad von souveränen Unverstand zu als in
Frankreich, und dieser benützte das Ballot als eine Spani-
sche Wand, hinter der er für die Tories stimmte, nicht
weil er ein conservatives Element wollte, sondern weil ihm
die Nase des Herrn Gladstone mißfiel. Hätte der Letztere
das nun vorliegende Resultat der Wahlen voraussehen
können, so würde er sich mit der überstürzten und durch
keinerlei Dringlichkeit gebotenen Parlamentsauflösung nicht
so sehr beeilt, sondern sich mehr Zeit gewonnen haben, um
seine Partei besser zu organisiren, und auf ein unter den
Massen ziehendes Programm zu denken. Denn soviel ist
richtig, daß die Liberalen in zahllosen Fällen den Conser-
vativen uneinig und gespalten gegenüber standen, und daß
ihnen der Mangel eines zündenden Programmes, einer
populären „Frage“ außerordentlich schadete. In seinen
Wahlmanifesten legte Herr Gladstone das Hauptgewicht auf
die finanzielle Frage, stellte namentlich die Aufhebung der
Einkommensteuer in Aussicht. Aber gerade dieses Versprechen
wußten die Conservativen sehr geschickt auszubenten, indem
sie, die sehr wohl wußten, daß die Maßregel die Besteuerung
des Großgrundbesitzes einleiten sollte, die dummen Massen
überredeten, Gladstone wolle die „Lizenzen“ den Reichen ab-
nehmen, um sie auf die Armen zu legen! Das zog mehr
als Gladstone's Hinweisung auf den Ueberschuß von fünf
Millionen, den seine Finanzpolitik zu Stande gebracht hatte,
und so geschah das Unerhörte, daß Städte, die von jeher
den Liberalen sicher waren, wie Manchester, Leeds, Glas-
gow, und gar London, ganz oder theilweis liberal wäh-
len, so geschah es, daß das Land, welches sich im Laufe
von dreißig Jahren der Toryherrschaft ganz entwöhnt
hätte, durch den Ausfall der Wahlen nun die Königin
zwingt, an die Stelle des liberalen Cabinets ein Tory-
cabinet zu setzen. Wird ein solches von langer Dauer
sein? Wohl schon darum nicht, weil es aus keinem reellen
Bedürfnis des Landes hervorgegangen, weil es mehr ein
Product der schlechten Laune der Wähler ist. Die conser-
vative Partei kann weder mit einer „Frage“ noch mit
einem Programm auftreten, das ihr inneren Halt verleihe,
und dazu verfügt sie, wenn wir von Disraeli absehen,
über nur sehr geringe staatsmännische Kräfte; sie geht also
die Geschäfte treiben so gut oder so schlecht es werden mag,
bis die Majorität, die ihr heute in den Schooß gefallen,
zeronnen ist, und sie genötigt sein wird, wahrscheinlich
für Nimmerwiederkehr abzutreten und das Staatsruder
anderen fähigeren Parteien zu lassen. Nach Außen werden
die Tories den Engländern Einfluß keineswegs erhöhen, und
wenn man sich in dieser Hinsicht wie aus Rom berichtet
wird, sogar im Vatican gewissen Hoffnungen hingiebt, so
sind das eben von jenen Illusionen, die sich da einzustellen
pflegen, wo man mit „Unfehlbarkeit“ geschlagen ist.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 16. Februar. [Zur Situation.] Dem
Reichstag ist möglich gewesen, in einer einzigen Sitzung
die General-Diskussion des Reichsmilitärgesetzes zu Ende
zu führen. Die Vorlage des Kriegsministers v. Rameke
hat das Parlament an eine Commission von 28 Mitgliedern

verwiesen, der Präsident v. Forckenbeck hatte vorgeschlagen
nur 21 Mitglieder mit der Vorprüfung zu betrauen, das
Plenum beschloß indeß, dem Antrage der Abgg. von Kar-
dorff und Miquel Folge zu geben. Damit ist zugleich der
von dem Abg. Richter (Hagen) im Namen der Fortschritt-
Partei formulierte Antrag beseitigt worden, zwar das Ge-
setz im Ganzen einer Commission zu überweisen, dagegen
die Paragraphen 1 und 3 ausschließlich im Plenum dis-
cutiren zu lassen. Die Generaldebatte über das Militär-
gesetz war von erheblichem Interesse. Der erste Redner
Richter (Hagen) erachtete für unerlässlich, daß die Volks-
vertretung eine Friedenspräsenzstärke von 400,000 Mann
nicht bewillige, sondern die jedesmalige Stärke des Reichs-
heeres durch das Staatsgesetz fixire. Er nannte die Zu-
muthung der Reichs-Regierung dauernd 400,000 Mann
vom Parlament sich bewilligen zu lassen, eine uuerhörte,
und er verfuhrte den Nachweis, daß die Mittel des Reichs
nicht groß genug wären, um ein so starkes Friedensheer
zu alimentiren. Der Abg. Graf Moltke ging auf die
Einzelbehauptungen des Vorredners nicht ein, sondern for-
derte aus allgemeinen militärischen und politischen Grün-
den, die pure Guttheilung des vorgelegten Entwurfs. Wir
haben zwar, sagte er, an Achtung in der Welt ungemein
gewonnen, nirgends an Liebe. Was wir in einem halben
Jahre ermöglichten, nämlich die Einigung Deutschlands,
um die Gewinnung von Elsaß-Lothringen, das müssen wir
ein halbes Jahrhundert lang zu verteidigen wissen. Graf
Moltke beleuchtete ausführlich die Reorganisation der fran-
zösischen Armee, um nachzuweisen, daß Deutschland so ge-
rüstet bleiben müsse, wie das Gesetz es vorsehe. Niemand
weiß, ob wir in den nächsten zwölf Jahren Frieden oder
Krieg bekommen werden. Die politische Lage im Allge-
meinen verlangt den bewaffneten Frieden. Das Haus
folgte den Moltke'schen Ausführungen mit größter Aufmerk-
samkeit und hatte kein Ohr mehr für die Rede Halendeyers,
die hinter den Erwartungen aller zurückblieb. Redner will
einjährige Dienstzeit, ein Milizheer und Abrüstung. Weil
Deutschland zur Zeit die stärkste Macht des Continentes
ist, so soll dasselbe mit der Abrüstung beginnen. Vaster
näherte sich mit dem Richter'schen Vorschlag auf Nichtbe-
willigung der 400,000 Mann durch das Gesetz, wogegen
Gneist für die Vorlage eintrat. Allgemein hatten die
schlichten Worte gefallen, mit denen der Minister v. Ra-
meke die Debatten einleitete. — Die Sitzung wurde erst
um halb zwölf eröffnet; man erwartete den Eintritt der
Elsaß-Lothringer. Kurz vor Beginn der Berathung er-
schienen sie, um auf der äußersten Rechten unter den Plätzen
des Bundesraths sich nieder zu lassen. Besonders beachtet
wurden die Bischöfe Ritz von Straßburg und Dupont des
Voges von Metz. Sie waren im bischöflichen Ornat ge-
kleidet. Während der Sitzung überreichten die Elsaß-
Lothringer dem Präsidenten einen Antrag der dahin lautet:
„Der Reichstag wolle beschließen zu erklären, daß die Be-
völkerung von Elsaß-Lothringen, welche, ohne darüber be-
fragt zu sein, dem Deutschen Reich durch den Friedens-
schluß von Frankfurt einverleibt worden ist, sich speziel-
lich über die Einverleibung auszusprechen berufen wird. Am
Mittwoch wird der Reichstag diesen Antrag diskutieren.“

dn. Der Reichspressegesetzentwurf ist, wie bereits be-
kannt, in diesen Tagen an den Reichstag gelangt. In der
Vorlage sind von besonderem Interesse die Ausführungen
zur Begründung der Strafbestimmungen des Paragraph 20,
sowie der Beibehaltung der vorläufigen Beschlagnahme.
Dieselben enthalten im Wesentlichen Folgendes: Die An-
griffe, welche von verschiedenen Seiten aus mit steigender
Hestigkeit gegen die Grundlagen der staatlichen Ordnung
gerichtet werden, ließen die Aufhebung der in den ein-
zelnen Landesgesetzen gegen den Mißbrauch der Presse be-
stehenden Vorschriften nur dann zu, wenn durch eine Straf-
bestimmung Erlaß geschaffen würde. Ein solcher Erlaß sei
erst bei einer Revision des Strafgesetzbuchs vollständig zu
erreichen. Man habe sich daher beschränkt, in dem ersten
Absatz des § 20 sich an den § 110 des Strafgesetzbuchs

anzulehnen, welcher mit 200 Thlr. resp. 2 Jahren Gefäng-
niß denjenigen belegt, der durch Verbreitung u. von
Schriften zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffordert.
Dieser Paragraph sei aber für die Presse unzulänglich, da
die Aufreizungen zum Ungehorsam sich leicht hinter theore-
tisch gehoblenen Erörterungen verbergen, welche aber in
ihrer Tendenz und ihrem Effecte der Aufforderung zu einem
directen Angriff gleich kämen. Die vorgeschlagene Bestim-
mung wolle jene Form der Aufreizung treffen und ziele
darauf ab, die Aufforderung zur bestimmten That und das
Predigen des Ungehorsams zu strafen, sie stelle einen für
den Richter greifbaren Thatbestand dar und schließe durch
ihre Fassung eine Uebersetzung auf die objectiv kritisi-
ren von Gesetzen aus. Der zweite Absatz schaffe kein neues
Recht, sondern wünsche nur die für Religions Schmähung be-
stehenden Vorschriften verschärft zu sehen.

Die Beibehaltung der Beschlagnahme von Druckschri-
ften u. ohne richterliche Anordnung wird dadurch begründet,
daß der Entwurf sich der in einzelnen Staaten bestehenden
Einrichtung, daß eine Beschlagnahme nur auf richterlichen
Befehl solle eintreten dürfen, deshalb nicht habe an-
schließen können, weil nach den gemeingültigen strafproce-
sualischen Grundsätzen die Beschlagnahme solcher Gegen-
stände zulässig sei, welche als Beweismittel für ein Ver-
gehen dienen könnten. Es sei außerdem Pflicht der Crimi-
nalpolizei der weiteren gemeinschaftlichen Wirksamkeit von
Verbrechen vorzubeugen. Der Staatsanwaltschaft und in
dringenden Fällen der Polizei stehe das Recht einer Be-
schlagnahme zu. Dieselbe werde vollständig illusorisch werden,
wenn sie erst auf richterliche Entscheidung eintreten könne.
Die Beschlagnahme treffe die Presse hart und müsse daher
mit den Garantien umgeben werden, daß die Fälle genau
bestimmt werden; wo eine Beschlagnahme überhaupt zulässig
ist, die Frist zur richterlichen Entscheidung möglichst abge-
kürzt wird, nach derselben keine weiteren Rechtsmittel er-
griffen werden dürfen, die Beschlagnahme erlischt, wenn
sie nicht binnen der bestimmten Frist bestätigt wird, oder
während derselben die Verfolgung der Hauptsache nicht
eingeleitet ist. Ferner sollen die beanstandeten Stellen
genau bezeichnet werden und die Beschlagnahme sich nur
auf die strafbaren Theile der Schrift, soweit sie von dem
Uebrigen trennbar sind, erstrecken.

* Da nach §. 9 der Bestimmungen für die Orga-
nisation der Marine-Akademie vom 5. März 1872 der
Lehrkursus für jeden Cötus vom October bis Ende Juni
und mithin länger als 6 Monate dauert, so ist durch Ver-
fügung des Chefs der Admiralität bestimmt worden, daß
die Behufs Abolvierung vollständiger Lehrcurse stattfindenden
Commandirungen zur Marine-Akademie generell Befehlungen
gleich geachtet werden sollen, wonach sich die Competenzen
der Commandirten wegen des Bohnungsgelbzuschusses und
event. wegen der Umzugskosten regeln.

* Auf Helgoland ist eine Senaphorstation errichtet,
und in Betrieb gesetzt worden. Die in Anwendung
kommenden Signale sind diejenigen, welche im Signalbuch
für die Kauffahrtei-Schiffe aller Nationen angegeben sind.
— Die Zuschlagtaxe für eine durch die genannte Sena-
phorstation zu befördernde telegraphische Depesche beträgt
für Worte 2 Francs und erhöht sich um die Hälfte für
je 10 Worte. Nur die Deutsche und Englische Sprache
ist zulässig.

* Bei der Garde-Artillerie sind je eine Fuß- und
eine reitende Batterie mit den neu konstruirten Geschützen
versuchsweise versehen worden. Die gesammten Fußbatterien
der Deutschen Artillerie sollen nach diesem Muster ein Ein-
heitsgeschütz erhalten, während für die reitenden Batterien
ein leichteres Kaliber eingeführt werden wird.

Oesterreich.

Wien, 14. Februar. Die Ungarischen Organe be-
trachteten seit lange das Cabinet Szlavy als ein Provi-
sorium und knüpfen hieran bereits neuerdings Combina-
tionen über die Neubildung des Cabinets. Tisza und
Sennay werden je nach der verschiedenen Parteistellung

als Cabinetseheß genannt. Naplo weist darauf hin, daß vor Beendigung der Arbeiten der Einundzwanziger-Commission und vor der Rückkehr des Königs unmöglich eine Entscheidung erfolgen könne. Uebrigens stellt Naplo eine Entwirrung der Parteiverhältnisse durch eine nahe bevorstehende Auflösung des Reichstags in Aussicht. Die Deutsche Zeitung berichtet: „Das Rescript des Grafen Szapary an die Sächsisch-Nations-Universität erweist sich als brutale Gewaltthat. Was man dem letzten Eszellerneft und dem verrotteten Ungarischen Flecken gestattet, das Repräsentations- und Petitionsrecht, spricht ein Ungarischer Minister der legalen Vertretung des Sachsevolkes gegen Recht und Gesetz ab. Denn der XLIII. Gesetzartikel vom Jahre 1868 spricht im § 11. ausdrücklich der Nations-Universität den Wirkungskreis zu, welcher ihr durch den XIII. siebenbürgischen Gesetzartikel vom Jahre 1791 gewährt wurde, mit alleiniger Ausnahme der richterlichen Jurisdiction. Ein Ungarischer Minister aber beruft sich auf ein vom Hofkanzler Majlath contrasignirtes Rescript des Eistirungs-Ministeriums, dessen Regierungsacten in Ungarn durchwegs die Legalität abgesprochen wird.“

Das siebenbürgische Deutsche Tageblatt klagt: „Daß Jeder weiß, wo ihn der Schuh drückt, bewahrheitet sich an den Deutschen in Ungarn. Der Pesther und Offener Deutsche klagt über den Sprachenzwang, welcher die Deutsche Sprache selbst aus dem Gemeindehaufe verbannt hat, der Debenburger über die Zurücksetzung der Deutschen Industrie, der Zipser über die durch die Arrondirung drohende Verjunkering des Städtebürgertums, der siebenbürger Sachse über die Verletzung seiner historischen Rechtsstellung und der Banater Schwabe über die heillose Comitatswirtschaft einiger erbgesessenen Adelsstippen. Jede unter den Deutschen Gruppen in Ungarn hat ihre besonderen Schmerzen, und keine, mit Ausnahme Weniger, ist noch unter dem Eindrucke der besondern Unbill, die ihr widerfahren, zu der Erkenntniß gelangt, daß alle Deutschen in Ungarn, gleichviel ob sie im Norden oder Süden, im Westen oder Osten wohnen, gemeinsame Beschwerden haben, und daß sowohl diesen als auch den Localschmerzen am besten abgeholfen werden könne, wenn alle Deutschen in Ungarn sich die Hand reichen und im gemeinsamen Kampfe für ihre bedrohten Güter einstecken. Die Vorbedingung dieser Vereinigung ist allerdings das Gemeinverständniß all der Kämpfe und Gebreche, welche jeder einzelnen Gruppe in Ungarn eigen sind, — und dieses Verständniß fehlt noch zur Stunde.“

Spanien.

Im Gegensatz zu den Nachrichten, welche annehmen ließen, daß Moriones den Entsatz von Bilbao durch einen Marsch vom Süden her versuchen wolle, führen neuere Meldungen auf die Vermuthung, daß die Operation vom Nordwesten her eingeleitet werden soll. Es heißt, die Armee des genannten Generals sei mit der Eisenbahn nach Santander befördert worden und in dieser Stadt hat der General Primo de Rivera, welcher die Vorhut befehligt schon acht Dampfer requirirt, wo sein Colonne nach Castro de Urbales bringen soll, wo er nach Verstärkungen zur See von San Sebastian her erwartet. Das spanische Geschwader hat inzwischen schon begonnen, das von den Carlisten besetzte Portugalete zu beschießen. Trotz dieser Mittheilungen sollte man doch annehmen, daß Moriones einen Theil seiner Armee in der Provinz Alava zurückgelassen hat, damit er die Bilbao einschließenden Carlisten von zwei Seiten fassen könne. — Die amtliche Zeitung hat einen Erlaß veröffentlicht, durch welchen die cantabrische Küste in Blockadestand erklärt wird. — Aus der Havannah melden die neuesten Telegramme von großen militairischen Vorbereitungen, so der Einberufung aller Männer im Alter von 20 bis 45 Jahren; es war sogar vor den Palast des General-Capitains Zovellar eine Menschenmenge gerückt, welche die unverweilte Abendung aller Freiwilligen gegen die Aufständischen forderten. Diese Aufregung erklärt sich, wenn man die brieflichen Nachrichten aus Cuba in Erwägung zieht. Nach einer Mittheilung aus der Havannah vom 22. Januar hatten die Aufständischen den General Portilla geschlagen und soll es ihrem General Marimo Gomez gelungen sein, mit einer bedeutenden Truppenmacht die Trocha, die besetzte Grenze, welche den östlichen Theil der Insel (Oriente) von dem westlichen trennt, zu durchbrechen und das Thal von Trinidad zu überziehen. Die Freilassung von 10,000 Negern und 3000 Kulis und die Zerstörung von Zuckerpflanzungen im Werth von Millionen bezeichneten seinen Weg. Außer Manzanilla, welches von 4000 Aufständischen umzingelt ist, sind Sagua la Grande und andere Städte bedroht, und ein gemeinschaftliches Vorrücken der verschiedenen Rebellenabtheilungen in der Richtung der Havannah ist zu erwarten. Dort soll diese Wahrnehmung nach möglichst geheim gehaltenen Nachrichten große Bestürzung erzeugt haben, und man hält als letzte Zuflucht der Spanischen Machthaber, deren Aussicht auf Hülf vom Mutterlande aus eine schwache ist, die Bewaffnung der Regter und Kulis für möglich. Diese allerdings aus Parteiquellen fließenden Mittheilungen erhalten durch die oben erwähnten Telegramme eine Bestätigung.

Amerika.

Der Virgininsfall hat den Vereinigten Staaten 5 Millionen Dollars gekostet. Der Justizauschuß des

Repräsentantenhauses beräth jetzt eine vom General Butler eingeführte Resolution, welche ihn beauftragt zu untersuchen, ob unter den jetzt bestehenden Gesetzen die Gerichtshöfe der Vereinigten Staaten genügende Unterlagen besitzen, den ungesetzlichen Gebrauch der Flagge und der Nationalität der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf hoher See oder in fremden Häfen zu verhindern, und zu bestrafen. Der Ausschuß soll ferner untersuchen, ob eine weitere Gesetzgebung durch den Congreß nöthig oder rathsam ist, um diejenigen zu bestrafen, welche unrechtmäßiger Weise Schiffs-papiere, welche Schiffen den Character amerikanischer Schiffe verleihen, erlangen oder benutzen, so wie solche Regierungsbeamten, welche nachlässiger oder betrügerischer Weise jene Papiere ausfertigen, zu verfolgen. Schließlich wird der Ausschuß beauftragt zu untersuchen und darüber zu berichten, ob und was für ein Gesetz nöthig sei, um die Offiziere der Armee und Marine sowie Consularbeamte der Vereinigten Staaten zu ermächtigen auf hoher See und in fremden Häfen Schiffe, welche fälschlich die Amerikanische Nationalität angenommen haben, in Beschlag zu nehmen, und dieselben an einen competenten Gerichtshof der Vereinigten Staaten zur weiteren Verhandlung der Sache zu überliefern. — Der „New-York Herald“ macht darauf aufmerksam, daß viele internationale Zwistigkeiten und erbitterte diplomatische Correspondenzen lediglich auf die Nachlässigkeit oder die Unredlichkeit einiger niedriger Controlbeamten zurückzuführen seien und dringt darauf, daß der Friede und die Würde der Vereinigten Staaten nicht länger in den Händen unverantwortlicher Menschen gelassen werde, welche bei einer Verletzung des Seerechts aus irgend welchem Grunde ein Auge zudrücken. Der „Herald“ hofft deshalb, daß der Congreß strenge Maßregeln ergreifen und die Executivgewalt dieselben mit Energie durchführen wird.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Februar. Gestern fand ein großes Ballfest beim Französischen Botschafter statt. Die Kaiserin, der Kronprinz, die Kronprinzessin, Prinz und Prinzessin Karl, Friedrich Karl, die Prinzessinnen Marie und Elisabeth, Prinz Alexander, die Prinzen August und Wilhelm von Württemberg, die Hofchargen, Minister und Generale, im Ganzen 300 Personen, waren anwesend; das Fest war glänzend.

Der Französische Botschafter soll bald eine kurze Urlaubsreise unternehmen wollen. Sein gestriges Ballfest war sehr besucht. Frau Fürstin Bismarck und Tochter ließen sich wegen des Sonntags entschuldigen.

17. Februar. (Bankausweis vom 14. d.) Gegenwärtiger Stand der Preussischen Bank: 1) Activa: Baarvorrath 236,291,000 (Abnahme 1,198,000) Thlr., Papiergeld 4,236,000 (Zunahme 424,000) Thlr., Wechselbestände 145,299,000 (Abnahme 2,365,000) Thlr., Lombard-Vestände 25,309,000 (Abnahme 382,000) Thlr., Staatspapiere, discountirte Schatz-Anweisungen, verschiedene Forderungen und Activa 5,026,000 (Abnahme 94,000.) 2) Passiva: Banknoten im Umlauf 279,310,000 (Abnahme 7,008,000) Thlr., Depositionen = Kapitalien 31,198,000 (Abnahme 23,000) Thlr., und Guthaben der Staatskassen c. 68,253,000 (Zunahme 3,118,000) Thlr.

Dtrowo, 16. Februar. Dem Erzbischof Ledochowski sind heute 8 neue wider ihn erhobene Anklagen wegen Vergehen gegen die Kirchengesetze vom 11. Mai v. J. zugestellt worden.

Schwerin, 16. Februar. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde von 61 bürgerlichen Mitgliedern der Ritterschaft der Antrag eingebracht, mit Rücksicht darauf, daß die beiden von den ritterschaftlichen Mitgliedern des Committee's abgegebenen Vota mit der landesherrlichen Vorlage im Widerspruch stehen, nicht den Bericht des Committee's, sondern die landesherrlichen Verfassungsvorlagen bei den Verhandlungen im Plenum zu Grunde zu legen. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde vorbehalten.

Carlsruhe, 16. Februar. Die Abgeordneten-

kommer hat heute das Finanz-Gesetz einstimmig angenommen und sich darauf bis nach Ostern vertagt.

Pest, 16. Februar. Der „Pester Lloyd“ bezeichnet die Nachricht des „Wiener Tageblattes“, daß es sich in Petersburg um die Bildung eines Zollvereins zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits und den Fürstenthümern Serbien und Rumänien andererseits handle, und daß die Deutsche Regierung dieses Project begünstige, als völlig erfunden.

Petersburg, 16. Februar. Bei dem gestrigen Galabinder brachte Kaiser Alexander die Gesundheit des Kaisers Franz Joseph aus, indem er zugleich hervorhob, daß die Bande gegenseitiger Freundschaft, welche seinen hohen Gast und ihn selbst mit dem Kaiser Wilhelm und der Königin von England verbanden, die beste Bürgschaft des Europäischen Friedens seien.

Der Russische Gesandte in Wien, Geh. Rath v. Nowikow, und der hiesige Oesterreichische Gesandte, FML. Baron von Vangenau sind gleichzeitig zum Range eines Botschafters ernannt worden.

London, 17. Februar. „Times“ bespricht den Loof des Russischen Kaisers auf den Oesterreichischen Kaiser und erklärt sich mit der darin angedeuteten Quadrupelalliance

in dem Sinne einverstanden, daß England sich bestreben werde, einen friedlichen Ausgleich der Differenzen der continentalen Staaten herbeizuführen. Jede andere Auffassung der Alliance, insbesondere die Voraussetzung, England werde eine antagonistische Haltung gegen Frankreich einnehmen, würde allen bisherigen Grundlügen der Englischen Politik widersprechen. — Einem Limes-Telegramm aus Petersburg zufolge wird der Czar England am 1. Mai besuchen.

Wie die „Pall Mall Gazette“ erfährt, wird durch hier eingegangene Nachrichten von der Westküste Afrikas bestätigt, daß die Englischen Truppen am 29. Januar Cumassie besetzt haben. Der Rückmarsch nach der Küste sollte am 7. Februar begonnen werden.

Es stehen nur noch zwei Wahlen aus, beide in Irland. Die Majorität der Conservativen beträgt 54 gegenüber den Vereinigten Liberalen und Homerulem. — Der Erzbischof Manning klagt in seinem gestern veröffentlichten Fastenhirtenbriefe wieder in heftigen Ausdrücken über die Verfolgung der Kirche in Deutschland und der Schweiz und die von antichristlichen Seiten dictirte Politik der Ungerechten.

Das Ministerium beschloß gestern seine Demission zu geben. Gladstone begiebt sich heute zur Königin nach Windsor, um seine Demission zu beantragen. Die Königin wird Disraeli mit der Neubildung des Cabinets beauftragen. Bern, 16. Februar. Heute ist der Austausch der Ratificationsurkunden zu dem zwischen der Schweiz und Italien abgeschlossenen Vertrage über den Anschluß der Gottthardbahn an die Ober-Italienischen Eisenbahnen erfolgt.

Amsterdam, 16. Februar. Die Niederländische Bank hat den Discount von 4 auf 3 1/2 pCt. herabgesetzt.

Konstantinopel, 16. Februar. Die innere und auswärtige Politik der Pforte soll, wie den hiesigen Blättern officiell mitgetheilt worden ist, durch die Ernennung Hussein Arni Paschas zum Großvezier (an Stelle Mehemed Ruskbi Paschas) keine Aenderung erleiden. Namentlich wird die Finanzmission, mit welcher Sabuk Pascha bereits unter dem vorigen Großvezier beauftragt war, dadurch nicht berührt.

Provinzielles.

Zittau, 16. Februar. Heute fand im hiesigen Königl. Gymnasium unter Vorsitz des Herrn Provinzialschulrath Dr. Schrader die Prüfung der Abiturienten statt. Von den 15 Primanern, die sich der schriftlichen Prüfung unterzogen hatten, waren 4 zurückgetreten, 5 wurden von der mündlichen Prüfung dispensirt, die andern 6 erwarteten sich in derselben das Zeugniß der Reife.

Königsberg, 17. Februar. Die Corporation der hiesigen Kaufmannschaft wählte in ihrer gestrigen General-Versammlung die fünf auscheidenden Mitglieder des Vorsteheramts mit großer Majorität wieder, und das Vorsteheramt reconstituirte sich sofort nach der Generalversammlung. Es besteht für das nächste Jahr aus den Herren Commerzienrath Klepenstüber, Obervorsteher, Commerzienrath Becker, erster Beisitzer, Commerzienrath F. Wien, zweiter, Beisitzer, Döring, Geh. Rath Gädde, Stadtrath Glitzke, Consul F. E. V. Vork, Meßling, Ofter, Rikshaupt, Schröder, Geh. Rath Simon, J. Theodor, Commerzienrath Weller und H. Wiewler. Auch die Finanzcommission bleibt unverändert. Außerdem bewilligte die Generalversammlung der Corporation zur Vollendung des Börsenbaues, zur äußern Decoration und Möblirung des Gebäudes c. noch 125,000 Thlr., so daß die neue Börse einschließlich aller Nebenausgaben und Vorarbeiten auf eine halbe Million zu stehen kommen wird.

Ein Elbinger Blatt enthält folgendes Zitat: „Will's Gott! nach Königsberg! Da heut zu Tage nur Lebensüberdrüßige sich der Ostbahn anvertrauen können, so werde ich auf allgemeines Verlangen nach 21jähriger Unterbrechung meine Journaliere wieder fahren lassen; Nachtlager im Einsiedler. Mein Wahlpruch wird sein: „langsam und sicher. Stein seel. Nachfolger.“ — Wie heiter es auf der Kgl. Ostbahn zugeht, beweist auch folgende Notiz: Als der Extrazug, welcher den Kronprinzen am Montag nach Berlin führte, von Dirschau abfahren wollte, blieben zwei Waggons zurück, die man beim Umlegen auf das andere Geleise vergessen hatte, festzukoppeln. Der vordere Theil des Zuges, in welchem sich der Kronprinz befand, mußte deshalb noch einmal zurück, um die Waggons, in denen sich die Dienerschaft mit den Reiseeffekten befand, mitzunehmen.

Pr. Holland. Die Lehrer unserer Bürgerschule schickten im Herbst v. J. eine Petition an das Königl. Kultusministerium, und baten darin um Aufbesserung ihrer Gehälter. Obgleich diese Sache schon eine geraume Zeit in Arbeit ist, so hat man trotzdem bis jetzt kein Resultat erzielt. Es wurde von der Seite der hohen Behörde eine Verbesserung der Lehrergehälter anerkannt, doch sollte diese Aufbesserung von der hiesigen Stadt herbeigeführt werden, was letzterer bei näherer Einsicht unmöglich ist, da man unsere Kommune mit Steuern förmlich überbürdet. Hoffentlich wird der Staat, da die Stadt unzahlungsfähig ist, die Verbesserung des Lehrerlohnes übernehmen, zumal derselbe in anderen Städten schon jene Aufbesserung übernommen hat. Auch die drei hiesigen Volksschullehrer kamen bei der

Königlichen Regierung im vorigen Herbst um Gehalts-
höhung ein. Diese bekamen den erfreulichen Bescheid, daß
die erste Stelle eine Aufbesserung von 50, die zweite 40,
die dritte 30 Thlrn. erfahren soll. (Stelle eins und zwei
sind auch mit Miethschädigung a 40 Thlr. bedacht).
Diese Aufbesserung wurde aber der hiesigen Kommune auf-
erlegt, welche ihre Zahlungsfähigkeit nachgewiesen hat.
Die Frage, von welchem Zeitpunkte ab die Gehaltszulagen
gewährt seien, soll von der Königl. Regierung dann ent-
schieden werden, wenn festgestellt sein wird, ob die beregten
Gehaltszulagebeträge von der hiesigen Stadtgemeinde dis-
ponibel gestellt werden können, oder ob Veranlassung dazu
vorliegt, dieselben aus Staatsfonds zu übernehmen. Die
Verordnung der nach dieser Richtung hin eingeleiteten Er-
mittlungen haben unsere Lehrer abzuwarten.

Thorn, 15. Februar. Ein Consortium großer
Kornhändler in den bedeutendsten Deutschen Handelsstädten
hat im Innern von Rußland eine Quantität von 400,000
Centner Roggen angekauft, um ihn nach Deutschland ein-
zuführen. Es sind von diesem Consortium mehrere Agenten
nach Rußland zugelassen, um dort den Einkauf des Ge-
treides zu besorgen, auch von hier aus, von einem hiesigen
mit der Leitung des Transports beauftragten Expeditionen-
geschäft, ist ein Commissionär nach Warschau geschickt wor-
den, um dort Fracht-Waggons zur Beförderung der großen
Getreidemasse zu beschaffen, denn das Consortium beabsich-
tigt, die unzulänglichen Transportmittel der kgl. Ostbahn
nicht für andere noch mehr zu vermindern, sondern nur
die angekauften Vorräthe über Warschau nach Thorn und
von Thorn aus über Posen nach Stettin resp. Berlin ge-
hen lassen. Obwohl der gewählte Weg weiter ist als der
über Eydtkuhnen auf der Ostbahn, werden sich die Trans-
portkosten über Warschau doch billiger stellen, als über
Thorn auf der Ostbahn, da nicht nur die Russische Bahn-
verwaltung dem Consortium in Rücksicht der großen zu
befördernden Getreidemenge und der im Verhältnis eben
so großen Zahl erforderlichen Waggons eine erhebliche
Preisermäßigung bewilligt hat, sondern unter den jetzt auf
der Ostbahn obwaltenden Umständen auch der Transport
über Warschau-Thorn-Posen sehr viel schneller bewirkt wird,
als dies auf dem direkten Wege zu erwarten, ja selbst
möglich wäre. (Th. 3.)

Liegenhof, 13. Februar. Die Staatsanwaltschaft
hat gegen das die Mennonitenprediger Regier. Sprung
und Wiens, welche den Ausschluß der mit der Waffe die-
nenden jungen Mennoniten aus der Kirche zu Fürstenwerder
verfündet hatten, freisprechende Urtheil der hiesigen Gerichts-
Deputation die Appellation eingeleitet. Die „Werder-Ztg.“
zweifelt nicht daran, daß falls die Appell-Instanz die Frei-
sprechung bestätigt, die Nichtigkeitsbeschwerde wird eingeleitet
werden, um das Obertribunal zu veranlassen, über die
Sache zu entscheiden.

Locales.

* Mit Erstaunen lesen wir im Inseratentheil unserer
Zeitung, daß eine Dame den Muth gefunden hat, heute
im kleinen Schützenlaale zu Gunsten des „Unterstützungs-
Vereins zur Verhütung der Vettelei“ eine Vorlesung zu
halten. Wir wissen nicht wer die Dame ist, kennen auch
nicht den Gegenstand der Vorlesung. Hat sie den Muth,
so hat sie wohl auch Kraft und Wissen öffentlich aufzutre-
ten und Gediegenes zu bieten und wollen darum diese
Vorlesung, als einem so außerordentlich guten Zwecke die-
nend, dem Publikum beistens empfehlen.

* Das hiesige Barkschiff „Johann Benjamin“, Capt.
Mafetowik, von hier nach Lowestoft mit Holz, verlagte, auf
der Lowestoftter Rhede ankommend, die Wendung und trieb
nahe an den Strand, wurde jedoch von einem Schlepp-
Dampfer vom Lande ab- und an einen sicheren Platz auf
der Rhede vor Anker gebracht.

In dem von uns beregten Scherz ist Herr A.
durch die gegebene Vervollständigung nunmehr als feiner
Politiker verrathen worden. Denn was ihm vorher nicht
gelingen wollte, die Reparatur seiner defecten Cylinderröhre
zu erlangen, das brachte er durch Inscenirung des Scherzes
über Aller Erwartung wirklich zu Stande — es fehlte
eine richtige Anker-Ilhr zum Eigenthümer zurück.

[Directe Correspondenz.] Von dem Comité
für die internationale Ausstellung des „Vereins zur Förde-
rung des Zeichenunterrichts im Jahre 1874 erhalten wir
folgende Zuschrift:

Berlin, den 12. Februar 1872.

Der „Verein zur Förderung des Zeichenunterrichts“
in Berlin wird in der Osterzeit vom 29. März bis
zum 12. April incl. eine „Ausstellung“ von „Schüler-
arbeiten“, „Lehrmitteln“ und „Fachschriften“ aus dem Ge-
biete des Zeichenunterrichts und der Formarbeit an hohen
und niederen Schulen, Kunst- und Gewerbeinstituten vom
Kindergarten und der Volksschule an, bis zum Polytechni-
um und der Akademie hinauf veranstalten. Bereits in
den Jahren 1869 und 1870 hatte er ähnliche Ausstel-
lungen mit großem Erfolge arrangirt. Durch Veranstal-
tung derselben beabsichtigt der Verein das Interesse für
die Entwicklung und für das Gedeihen des Zeichen- und
Kunstunterrichts in möglich großen Kreisen der Lehrenden,
der Befördernden und der gebildeten Laien zu erwecken und

zu nähren und so nicht nur für den Gewerbe- und Kunst-
betrieb aller Branchen eine zeitgemäße Weiterentwicklung
anzuregen und zu erleichtern, sondern auch durch eine all-
gemeine Belebung des künstlerischen Formensinnes einen Bei-
trag zur Hebung der Volksarbeit und Eitlichkeit zu liefern.
Die Regierungen und Vereine des In- und Auslandes
haben fast ohne Ausnahme ihre Bereitwilligkeit zur Be-
schickung der Ausstellung zugestimmt, und der Herr Kultus-
minister Dr. Falk hat dem Comité die Ausstellungsräume
der Königl. Akademie der Künste freundlich bewilligt, wie
auch das Königl. Handelsministerium dem Comité mit leb-
haftem Interesse entgegen gekommen ist. Gleichzeitig mit
der Ausstellung wird ein „Congreß“ der Fachgenossen und
Freunde des Zeichenunterrichts stattfinden in der Weise,
daß täglich in den Abendstunden Vorträge mit daran sich
knüpfenden Diskussionen gehalten werden. Durch den
„Congreß“ soll nicht nur Gelegenheit gegeben werden zur
Annäherung der Zeichenlehrer unter sich, sondern auch zum
Auswisch und zur Klärung der Meinungen über metho-
dische und principielle Fragen des Zeichenunterrichts und
seine Beziehungen zu den verwandten Schuldisciplinen
und dem Kunstgewerbe. Wer die Ausstellung besuchen
will, hat dem Vorsitzenden des Comité's Hrn. Trotschel,
Berlin, S. W. Möckernstraße 135, bis zum 1. März
d. J. davon definitive Anzeige zu machen. Die Einlei-
tung von Ausstellungsobjecten muß portofrei vor dem
15. März bei dem Kastellan der Königl. Akademie der
Künste, Hrn. Müller, unter den Linden No. 38 erfolgt sein.
— Anmeldungen von Vorträgen nebst Angabe der zu-
grunde zu legenden Thesen werden bis zum 15. März
erbeten. Besonders erwünscht sind auch Vorträge über
Kunstwissenschaft und die verschiedenen Gebiete der Kunst-
industrie. — Ausführliche Programme werden von dem
oben genannten Vorsitzenden auf Wunsch gern verlan-

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Königl. Staatsanwaltschaftsgehilfe Herr Dr. jur.
Paul Bientz mit Marie Frein von Barnelew in Königsberg.
Herr Joseph Welsch in Gumbinnen mit Fräul. Betty Rudzki
in Elst. Herr Rittergutsbesitzer Hans Mittelsteiner auf
Wessolowen mit Fräul. Marie Kiehl in Orlowen.
Verbunden: Herr Heinrich Eggert mit Fräul. Thella
Bahrendt in Königsberg.
Geboren: Herr Behrends in Seemen eine Tochter.
Herrn Papig in Düblienen eine Tochter.
Gestorben: Herr Leopold Achmonat in Königsberg.
Herr Hugo Reinhold Friedrich in Königsberg. Herrn R. Silt-
mann in Darkehmen Tochter Anna. Fräul. Emilie Heinrich
in Tapiau. Fräul. Clara Glauberg in Heydekrug.

Schiffahrts- u. Handels-Nachrichten.

Memeler Schiffs-Liste pro 1874.

Ausgegangene Schiffe:

- Den 16. Februar.
47) Deutsches Schiff „Auguste“, Capt. Genseburg, nach
Stettin mit 2916 Stüd Dielen, 2910 Stüd Stäben, 5 Stüd
eichenen Dielen, 345 Stüd Planen von Kott.
48) Holländisches Schiff „de Unie“, Capt. Parrel, nach
Löwen mit 7489 Stüd Dielen von Pieper u. Hoberst.
49) Deutsches Schiff „Mela“, Capt. Loyda, nach Alsa mit
60 Schock eichenen Piepenstaben, 58 Schock 58 Stüd eichenen
Brantweinpfählen, 44 Schock 51 Stüd eichenen Dybstpfählen,
180 Schock 56 Stüd eich. Tonnenstaben, 129 Schock 10 Stüd
Bodenstaben, 262 Stüd Mauerlatten v. Frenkel-Beyne u. Co.
Den 17. Februar.
50) Deutsches Schiff „Edvard“, Capt. Hoffmann, nach
Grangemouth mit 4064 Stüd Planen, 8834 Stüd Stäben
von J. G. Gerlach.
51) Dänisches Schiff „Laura“, Capt. Sabro, nach Hafen
versegelt.
52) Deutsches Schiff „Atlantic“, Capt. Riedt, nach England
mit 8708 Stüd Planen, 2 Faden Splittholz v. J. G. Gerlach.
53) Deutsches Schiff „Harry“, Capt. Lorenzen, nach Bremen
mit 6301 Stüd Dielen von S. J. Ebner.
54) Deutsches Schiff „Dethlo“, Capt. Sieg, nach Hartlepool
mit 80 Stüd Wagenschiffen, 298 Schock 30 Stüd eichenen
Stäben, 5395 Stüd Planen von S. W. Plaw.
55) Deutsches Schiff „Gitana“, Capt. Wönte, nach Hartlepool
mit 746 Schock 40 Stüd eichenen Stäben v. Chr. Hollat u. Co.
56) Deutsches Schiff „Leopold“, Capt. Stief, nach London
mit 279 Schock 32 Stüd Piepenstaben, 1430 Schock 35 Stüd
Tonnenstaben, 666 Schock 28 Stüd Dybstpfählen, 28 Schock
9 Stüd Brantweinpfählen, 100 Schock 41 Stüd Bodenstaben
von Chr. Hollat u. Co.
57) Deutsches Schiff „Hercules“, Capt. Krilger, nach Grimsby
mit 828 Stüd Dielen, 550 Stüd Planen, 300 Stüd Eichen,
12 Faden Splittholz von S. W. Plaw.
Den 18. Februar.
58) Deutsches Schiff „Alexander“, Capt. Rieles, nach
London mit 2183 Schock 52 Stüd eichenen Stäben von
Chr. Hollat u. Co.
59) Deutsches Schiff „Demetra“, Capt. Klammer, nach
Gloncester mit 6896 Stüd Planen, 5 Faden Splittholz von
S. Szameitny.

Schiffenachrichten.

Atlantic — Haase — ? Arendal, 12.2 Cent.

Marktbericht.

Memel, 18. Februar. Weizen, Neuschiffel pro 90 Pfd.
— Egr. Roggen, Neuschiff. pro 72—80 Pfd 70—75 Egr.
Gerste, Neuschiff. pro 62—70 Pfd 50—55 Egr. Hafer, Neuschiff.
pro 40—50 Pfd 40 Egr. Erbsen, weiße, pro Neuschiffel
— Egr. Erbsen, graue, pro Neuschiffel 75 Egr. Kartoffeln
pro Neuschiffel 24 Egr. Stroh pro Ctr. 17 Egr. 6 Pf.
Heu pro Ctr. 40 Egr. — Pf. Rindfleisch, Keule pro Pfd. 7 Egr.
— Pf. Rindfleisch, Vansfleisch pro Pfd. 5 Egr. — Pf. Kalbfleisch
pro Pund 4 Egr. 6 Pf. Schweinefleisch pro Pfd. 5 Egr. 6 Pf.
Hammelfleisch pro Pfd. 5 Egr. — Pf. Speck pro Pfd. 7 Egr. 6 Pf.
Butter pro Pfd. 11 Egr. Eier pro Schock 30 Egr. Flachs pro Ctr.
13 Thlr. 20 Egr. Holz, hartes, pro 10 Cbfn. Kloben 20 Thlr.
Holz, weiches pro 10 Cbfn. 14 Thlr. Papierrubel 27 Egr. 10 Pf.

Amthlicher Königsberger Börsenbericht.

(Zu Quantitäten von 2000 Pfd. pro Tonne Zollgewicht.)

Königsberg, 17. Februar. (Productenbericht.) Weizen
loco flau, hochbunter per 1000 Kil. 123/24pfd. 83 1/2 Thlr.
(106) bez., 127/28pfd. 83 1/2 Thlr. (107) bez., 128pfd. 84 1/2
Thlr. (108) bez., 127pfd und 129pfd. 85 1/2 Thlr. (109) bez.;
bunter loco per 1000 Kil.; rother loco per 1000 Kil. 125pfd.
80 1/2 Thlr. (103) bez., 127/28pfd. 83 1/2 Thlr. (106) bez.,
129/30pfd. 83 1/2 Thlr. (107) bez., 128/29pfd. und 130/31pfd.
84 1/2 Thlr. (107 1/2) bez. — Roggen niedriger, loco inländischer
per 1000 Kil. 117pfd. 55 1/2 Thlr. (67) bez., 119pfd. 57 1/2
Thlr. (69) bez., 119/20pfd. 57 1/2 Thlr. (69 1/2) bez., 120/21pfd.
58 1/2 Thlr. (70) bez., 121/22pfd. 58 1/2 Thlr. (70 1/2) bez.,
122pfd. 59 1/2 Thlr. (71) bez., 123pfd 60 1/2 Thlr. (72 1/2) bez.,
123/24pfd. 61 1/2 Thlr. (73 1/2) bez., 124pfd. und 124/25pfd.
61 1/2 Thlr. (74) bez.; loco Rußl. niedriger, per 1000 Kil.
113pfd. 50 Thlr. (60) bez., 115/16pfd. 50 1/2 Thlr. (61) bez.,
117/18pfd. 52 1/2 Thlr. (63) bez., 120pfd. 54 1/2 Thlr. (65) bez.;
pro Februar per 1000 Kil. — Thlr. Br., — Thlr. Gd.;
pro Frühjahr per 1000 Kil. 57 1/2 Thlr. Br., 56 1/2 Thlr. Gd.;
pro Mai-Juni per 1000 Kil. 57 1/2 Thlr. Br., 56 1/2 Thlr. Gd.;
— Gerste loco große per 1000 Kil. 59 1/2 Thlr. (62) bez.,
61 1/2 Thlr. (65) bez.; kleineloce per 1000 Kil. 57 1/2 Thlr. (60) bez.;
— Hafer loco per 1000 Kil. 46 Thlr. (34 1/2) bez.; pro Februar per 1000 Kil. — Thlr. Br., — Thlr. Gd.;
pro Frühjahr per 1000 Kil. 50 Thlr. Br., 49 Thlr. Gd.;
pro Mai-Juni per 1000 Kil. 50 Thlr. Br., 49 Thlr. Gd.;
— Erbsen loco weiße per 1000 Kil.; graue loco per 1000 Kil.
49 1/2 Thlr. (67) bez., 53 1/2 Thlr. (72) bez.; grüne loco per
1000 Kil. 49 1/2 Thlr. (67) bez. — Bohnen loco per 1000
Kil. 54 1/2 Thlr. (74) bez. — Weizen flau, loco per 1000 Kil.
46 1/2 Thlr. (63) bez. — Weizen loco per 1000 Kil. — Thlr. Gd.;
mittel loco per 1000 Kil.; ordinäre loco per 1000 Kil. — Thlr. Gd.;
— Rüb- loco per 1000 Kil. — Thlr. Gd.; loco per 1000 Kil. — Thlr. Gd.;
— Buchweizen loco per 1000 Kil. — Thlr. Gd.; Buchweizen grüne loco per 50
Kil. — Hanf loco per 50 Kil. — Kleesaat loco rothe
per 50 Kil.; weiße loco per 50 Kil. — Thymothium loco
per 50 Kil. — Rüböl loco ohne Faß per 50 Kil. — Leinöl
loco ohne Faß per 50 Kil. — Rübtschen loco per 50 Kil. —
Leinötschen loco per 50 Kil.

Spiritus-Bericht. Spiritus loco ohne Faß per 100
Litres pro 100% Tralles und in Posten von mindestens 5000
Litres, loco nicht gehandelt, pro Frühjahr 22 1/2 Thlr. bez.,
pro August 23 1/2 Thlr. bez.

NB. Die eingekammerten Zahlen zeigen die Preise in Silberroschen
Weizen für pro 80pfd. — Roggen pro 80pfd. — Gerste, Reinalt und
Budenweizen pro 70pfd. — Hafer pro 50pfd. — Rübtsaat und Botterfaat
pro 70pfd. an und sind nicht amtlich notirt.

Spiritus-Bericht (nicht amtlich) vom 17. Februar.
Spiritus pro 10,000 Liter % excl. Faß loco niedriger, Ter-
mine wenig verändert, loco 22 1/2 Thlr. Br., 21 1/2 Thlr. Gd.,
21 1/2 Thlr. bez.; pro Februar 22 1/2 Thlr. Br., 21 1/2 Thlr. Gd.;
pro März-April 22 1/2 Thlr. Br., 22 Thlr. Gd.; pro
Frühjahr 22 1/2 Thlr. Br., 22 1/2 Thlr. Gd., 22 1/2 Thlr. bez.;
pro Mai-Juni 22 1/2 Thlr. Br., 22 1/2 Thlr. Gd.; pro Juni
23 1/2 Thlr. Br., 22 1/2 Thlr. Gd.; pro Juli 23 1/2 Thlr. Br.,
23 Thlr. Gd.; pro August 23 1/2 Thlr. Br., 23 1/2 Thlr. Gd.
23 1/2 Thlr. bez.

Berliner Börse.

Berlin, 16. Februar. Schon am Sonnabend wurden
nach Schluß der offiziellen Börsenversammlung die Course der
speculativen Devisen gehoben, stellten sich sodann im gestrigen
Privatverkehr hoch, während heute das Angebot zu guten Preisen
vorherrschte. Als Motiv dieser künstlich geschaffenen bessern
Stimmung gilt die Ueberrahme des Oesterreich. Anleihe durch
die Gruppe Rothschild und Oesterreich. Creditanstalt, deren Ac-
tien auch in erster Linie fest waren, und wenig unter dem
höchsten Course schlossen, überhaupt hielt sich die günstige Stim-
mung während der ganzen Börsenzeit. Wir notiren: Fran-
zosen 194 1/2 - 3/4 - 1/2, Lombarden 94 1/2 - 5/8, Creditactien
143 - 27 1/2 - 3/4 - 1/2, Oesterreich. Silberrente 66 1/2, Oester-
reich. Papierrente 62, Italiener 59 1/2, Türken 38 1/4, Con-
sols 105 1/2. Diskonto-Commandit-Antheile wurden zu 165 bis
165 1/2, pr. Ultimo mäßig umgelegt, Dortmunder Union er-
holte sich zu 72 1/2 - 72, Laurahütte war 168 1/2 - 8 - 8 1/2 - 7 1/2
recht belebt. Oesterreichische Renten und Italiener zeigten sich
recht belebt.

Berlin, den 18. Februar.

Amsterdam, 250 fl. 2 Monate	141 1/2
London, 1 Ltr. 3 Monate	201 1/2
London, 1 Ltr. 8 Tage	203 1/2
Belgische Plätze, 300 frcs. 2 Mona.	79 1/2
Paris, 300 frcs. 10 Tage	80 1/2
Petersburg, 100 S.-R. 3 Wochen	92 1/2
do. 100 S.-R. 3 Monate	91 1/2
Russ. Noten	92 1/2
Russ. Prämien-Anleihe von 1864	142
Russ. Prämien-Anleihe von 1866	142
4% Ostpreuss. Pfandbriefe	94 1/2
Roggen loco	63
Hafer loco	59 1/2
Spiritus loco	22 1/2 Egr.

Telegraphischer Witterungsbericht.

vom 18. Februar, Beobachtungszeit Morgens von 6—8 Uhr.

Ort.	Barom.	Temper.	Wind.	Allgem. Himmelssicht.
Memel	333,1	- 3,4	SD. mäßig	bedeckt.
Gefingfors	331,8	- 6,5	Windstille.	bedeckt.
Petersburg	336,5	- 1,9	SD. schw.	bewölkt, Nebel.
Stockholm	333,2	1,3	S. mäßig	Negen und Schnee.
Kölnsburg	331,0	2,9	S. schwach.	bedeckt.
Königsberg	332,4	- 4,0	SD. schw.	bedeckt.
Danzig	332,3	- 4,4	—	bedeckt.
Putbus	330,4	- 4,7	S. schwach.	wolfig.
Göslin	332,1	- 3,8	SD. schw.	trübe.
Stettin	332,0	- 4,8	S. schwach.	heiter.
Selber	332,1	4,2	W. schwach.	—
Berlin	331,0	- 4,7	S. schwach.	heiter.
Röln	331,8	- 3,7	WSD. mäßig	bedeckt.
Paris	—	—	—	—

Berichtigung. In dem gestrigen Local-Referat muß
es Zeile 30 von oben heißen: „Chapeaudonage“ statt:
Ghagenudonage.

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.

Beilage zu No. 42. des Memeler Dampfboots.

Donnerstag, den 19. Februar 1874.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 16. Februar 1874.

Beginn der Sitzung 11 Uhr. Am Tisch des Bundesrats: Delbrück, v. Kameke, Mittnacht und andere Commissare.

Neu eingetreten sind die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen. Die Commission zur Vorberatung des Entwurfs einer Stradungsordnung hat sich constituirt und zu ihrem Vorsitzenden gewählt: v. Denzin, Becker (Stellvertreter), zu Schriftführern Dohren, Friderich; ebenso die für den Gesekentwurf, betreffend Abänderungen und Ergänzungen des Militairpensionsgesetzes: Vorsitzender v. Ebel, Lucius (Stellvertreter), Frankfurter, Graf Ballestrem, Schriftführer.

In 3. Berathung wird angenommen der Gesekentwurf, betreffend die Gewährung von nachträglichen Vergütungen für Kriegsdienstleistungen der Gemeinden.

Mehrere Petitionen dazu werden für erledigt erklärt.

Weiter wird in dritter Berathung angenommen der Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz.

Der Nachtrag zum Haushaltsetat für 1874 wird gleichfalls ohne Discussion in dritter Lesung genehmigt. Das Haus tritt darauf ein in die erste Berathung eines Reichsmilitairgesetzes.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister v. Kameke: Bei der Gründung der Verfassung wurde dem allgemeinen Wunsche nach einheitlicher Organisation der Deutschen Wehrkräfte entsprechend die Preussische Militairverfassung zunächst einfach auf das Reich übertragen. Nachdem sich diese nun in mehreren Kriegen bewährt hat, kommen die verbündeten Regierungen der verfassungsmäßigen Verpflichtung zur gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit um so lieber nach, als sie mit Zuerst auf die Annahme des hohen Hauses rechnen. Im Uebrigen schließt sich das Gesetz genau an das vom 9. November 1867 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste an.

Abg. Richter (Hagen). Der vorliegende Entwurf umfaßt eigentlich 4 Gesetze, über Rekrutierung, über die Rechtsverhältnisse der Militairpersonen, eine Landwehrordnung, und der Anfang eines Organisationsgesetzes. Hinsichtlich der Regelung der Rechtsverhältnisse hat sich der Bundesrath wenig um die Beschlüsse des Reichstages gekümmert, z. B. wünschte derselbe den Fortbestand der Militairgerichtsbarkeit nur für das Disciplinarverfahren, auch eine andere Regelung der Besteuerung der Militairpersonen für Communalzwecke. Bei den Abschnitten über die Rekrutierung vermißt ich manche gesetzliche Bestimmungen, wie über die Veredlung zum Dienst als Einjähriger, über die Zusammenlegung der Rekrutierungsbehörden und Anderes. Es wäre wünschenswerth, wenn wir die Militairgesetze von Bayern und Württemberg gedruckt in die Hände bekämen, wir könnten daraus sehen, was in diesen Abschnitten unseres Entwurfs fehlt. Hinsichtlich der Ersatzreserven giebt der Gesekentwurf eine viel zu weit gehende discretionäre Gewalt, will man hier die Ersatzrekruten, die deuxième portion des französischen Gesetzes einführen, so läßt sich dies doch nicht so nebenbei im Organisationswege machen. Meine politischen Freunde und ich sind vollkommen überzeugt von der Nothwendigkeit und Möglichkeit einer Organisation der Heerkräfte, doch wie uns diese im ersten Abschnitt dieses Entwurfs vorliegt, entspricht sie unseren Anschauungen sehr wenig. Es ist darin nur der Friedenspräsenzstand repräsentirt, doch wie ist dies möglich, wenn man nicht gleichzeitig eine Organisation der Kriegscadres uns vorlegt. Wir hätten in Preußen eine Landwehrordnung auf gesetzlicher Grundlage, wir sollen darauf verzichten, ohne eine andere gesetzliche Organisation dafür zu erhalten. Artikel 1 nun ist der Angelpunkt des ganzen Gesetzes. Die Fixirung einer Friedenspräsenz widerspricht allen Anforderungen die man an die Organisation stellen muß; selbst Herr v. Fockenberg nannte im constituirenden Reichstag diese Fixirung keine glückliche. Ohne Fixirung einer Kriegspräsenz ist jene garnicht möglich, vor Allem weiß die Dienstzeit selbst sich schon aus militairischen Gründen häufig ändert, wie sich in Preußen seit 60 Jahren in unserer Militairverwaltung gezeigt hat; bei den Specialwaffen ist die Dienstzeit verschieden, und sie wechselt durch die Einstellung der Recruten zu verschiedenen Zeitpunkten. Es ist auch nicht richtig, daß in Preußen stets 1 Prozent der Bevölkerung die Friedenspräsenzstärke bildete, man hat hier die Ausnahmejahre 1816 und 1859 bei dem Uebergang zur Reorganisation zu Grunde gelegt. Das sage ich Ihnen offen, meine Herren, lieber noch 10 Jahre im Pauschquantum, wie 2 Jahre ein solcher eiserner Präsenzstand. Die Militairverwaltung will gern los vom Pauschquantum, wir aber sollen hier nicht bloß vom Etat subtrahiren, sondern sogar multipliciren. Die Regierungen fühlen wohl selbst, daß der Art. 1 in seiner jetzigen Fassung

keine 50 Stimmen im Hause gewinnen wird (Widerspruch rechts). Ja, m. H., Sie auf der Rechten sind alle mitgezählt. Der Herr Kriegsminister hat vielleicht nach Art eines Kaufmanns uns gewissermaßen im Preise vorgeschlagen, zuviel abverlangt, um zu sehen, ob er nicht seinen Willen auf einige Jahre durchsetzen kann. Doch bei diesen Fragen sind alle wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Die Einnahmen des jungen Deutschen Reiches sind durchaus noch nicht so sicher consolidirt, der gewerbliche Aufschwung hat, wie bekannt, einen argen Rückschlag erlitten, und da will sich nun die Militairverwaltung eine Position wie auf einer Citadelle schaffen durch diese eiserne Präsenz, wo sie mit Ruhe auf alles Getriebe unter sich heruntersehen kann. Vergessen Sie dabei nicht, daß wir schon aus der officiösen Presse erfahren haben, daß bedeutende Mehrforderungen im Militairwesen an uns herantreten werden. Reichsteuern zu erhöhen, scheint kaum möglich, nur die Erhöhung der Matricularbeiträge bleibt übrig; und nun wissen Sie Alle, daß wenn auch die Staatssteuern in den einzelnen Ländern keine erdrückende, so sind dafür die Communalsteuern fast unerschwingliche. Wir von unserer Partei sind immer bereit, für die Sicherung unserer Heereskraft und Macht Alles zu bewilligen, aber es handelt sich hierbei doch wahrlich nicht um eine Schwächung derselben, wenn wir diesem Artikel 1 nicht zustimmen können. Zeigen Sie mir doch eine parlamentarische Versammlung, ein Land in Europa, der man eine solche eiserne Friedenspräsenzstärke zugemuthet hätte! Im Budget wird sie alljährlich festgestellt, und das ist das Richtige, selbst die alljährliche Rekrutierung wird dadurch normirt. Die Wehrkraft des Deutschen Volkes hängt nicht allein von der Größe und Zahl seiner Friedenspräsenz ab, sondern noch von ganz anderen Factoren. Wir wollen daher die Militairverwaltung lösen von unseren sonstigen Verhältnissen; Deutsches Heer und Deutsches Parlament sollte man trennen. Wir sind bereit mit Ihnen auf die Vorlage einzugehen, doch müssen wir den Art. 1 ablehnen, über den wir auch eine Berathung im Plenum wünschen. (Während der Rede ist Fürst Bismarck eingetreten.)

Abg. Graf Moltke (spricht außerordentlich leise und ist auf der Tribüne schwer verständlich). Der Art. 1 ist allerdings der Kern der Sache; die großen Lasten, die Deutschland tragen muß, finden darin eine feste Fixirung. Kleine Staaten können sich anlehnen an mächtigere; ein großer Staat jedoch muß auf sich selbst beruhen, auf seinen eigenen Organisationen. So ist es mit dem Deutschen Reich, fest und gerüstet muß es dastehen; es wehrlos machen, wäre ein Verbrechen. Man hat wohl gesagt, der Schulmeister habe unsere Schlachten geschlagen; nein, der Schulunterricht genügt nicht, wenn es gilt das Leben einzulegen; es war die Erziehung, der Stamm, der im Lauf von 60 Jahren in Preußen die Armee groß gemacht hat. Was wir im Kriege genommen, wollen und werden wir auch schütten. Wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung viel, an Liebe wenig gewonnen. (Sehr wahr von allen Seiten). Frankreich ist genöthigt gewesen, seine Organisation gänzlich zu ändern, im Kriege hatten wir seine ganze Armee gefangen genommen und haben nachher sie unbedenklich wieder herausgegeben. Ohne das Original jedoch genau zu kennen, hat man in Frankreich eine andere Organisation eingeführt, die Zahl der Regimenter ist vermehrt, die Friedenspräsenz vergrößert (Graf Moltke giebt eine Reihe statistischer Zahlen an). Was zu uns von Frankreich herüberhallt, ist ein wüster Gesehrei nach Revanche. Wir fühlen uns sicher demselben gegenüber mit unseren bestehenden Einrichtungen, doch weder die Dienstzeit noch die Präsenzstärke darf herabgesetzt werden. Wir haben im Französischen Kriege gesehen, wie das Elan, die Masse, der Patriotismus aufgeboten wurde, nachdem die Heere vernichtet waren: es schwebt noch ein gewisser Nimbus um solche Erhebungen, allein ein Franzose selbst hat darüber seine Beobachtungen ausgesprochen, daß keine zusammengebrachten Massen noch so tapferer, noch so patriotischer Männer, einer geschulten Armee gewachsen sind. Hinsichtlich der Friedenspräsenz nun meint man, es werde durch eine Fixirung derselben das unbestreitbare Steuerbewilligungsrecht des Parlaments geschädigt, aber es ist nöthig, daß eine gewisse feste Organisation da ist. Gerüstet müssen wir sein, um unsere Größe zu wahren. Wir sind jedoch eine friedliebende Nation, und ich würde wirklich nicht, was wir mit einem eroberten Stück von Rußland oder Frankreich anfangen sollten; aber unsere erzwungene Stellung in Europa werden und wollen wir bewahren. (Lebhaftes Bravo von allen Seiten; das Haus ist mit der gespanntesten Aufmerksamkeit den Ausführungen Graf Moltke's gefolgt.)

Abg. Graf Bethun-Hue spricht in längerer Rede für den Gesek-Entwurf und betont auch, daß Deutschland nur dann den Frieden behalten werde, wenn es die Macht habe, ihn zu gebieten.

Abg. Hasenclever. Man nennt allgemein jetzt die Socialdemokraten reichsfeindlich, dagegen will ich protestiren von dieser Stelle aus, man müßte denn die augenblicklichen Machthaber mit dem Reich identificiren wollen. Auch wir wollen das Heer nicht wehrlos machen, und wenn wir auch ein Milizheer anstreben, so haben wir doch nicht die Absicht, das heute und sofort einzuführen; aber wir wollen kein größeres stehendes Heer, welches nur ein Eroberungsheer sein wird. Die Abschaffung der 23jährigen Dienstzeit ist schon seit Jahren von der Fortschrittspartei gefordert, und wenn Graf Moltke von einer Herabsetzung nichts wissen will, weil nur geschulte Soldaten sich gut schlagen, so meinen wir, durch die bessere Erziehung und Schule werde dies am besten gefördert, und nicht dadurch, daß man durch langes Drillen dem Soldaten den Menschen in sich vergessen macht. Wir halten die Culturaufgaben des Deutschen Volkes auf anderem Gebiete liegend und wir streben die 13jährige Dienstzeit an, weil wir nur ein Vertheidigungsheer haben wollen.

Abg. Dr. Lasker. Ich weiß nicht, ob ein Vertheidigungsheer nicht so gut geskult sein muß, wie ein Eroberungsheer; jedenfalls hat der Graf Moltke die Unmöglichkeit eines Milizheeres für Deutschland schlagend nachgewiesen. Im Uebrigen werde ich beantragen, der vielen technischen Schwierigkeiten auch schon des Art. 1 wegen die Vorlage an eine Commission zu verweisen. In der Generaldebatte habe ich nur das Wort ergriffen, um meine Ansichten zu erklären, damit die Regierung rechtzeitig die Möglichkeit gewinnt, Bekehrungen und Zurückweisungen einzelner Punkte vorzubereiten. Im Uebrigen glaube ich nicht, daß man diesem Entwurfe entgegengetreten darf, weil er die 23jährige Dienstzeit nicht bringt; über diese Frage sind ja selbst die Ansichten der höchsten Autoritäten wandelbar; doch aber soll durch diese gesetzliche Regelung auch nach unserer Meinung nicht das Budgetrecht des Reichstages zerrüttet werden. Ich bin häufig von hohen Militärs gefragt worden, was das Budgetrecht sei und ich habe vielfach gefunden, daß man darunter geradezu einen Feind des Militärs verstanden hat. Bei Feststellung des Budgets nun findet bekanntlich eine Art Wettrennen des Ressorts statt und der Finanzminister, den wir im Reiche leider noch nicht haben, hat in Rücksicht auf alle Zweige des Staatslebens auf zu weit gehende Forderungen der einzelnen Minister aufmerksam zu machen und die Parlamente haben die Pflicht einer gewissen Einschränkung und Ermäßigung in dieser Hinsicht, damit alle Richtungen des Staatslebens ihre gleichmäßige Berücksichtigung finden. Daß nun mit der Feststellung der Präsenzstärke das Budgetrecht vernichtet werde, hat auch Graf Moltke zugegeben, doch muß ich andererseits gestehen, daß bei dieser Fixirung wohl noch in einzelnen Punkten das Budgetrecht gewahrt bleibt, z. B. bei den Vöhrungen der Unteroffiziere, der Rafenirung der Truppen u. s. w., allein bei allen diesen Fragen werden wir eher in die Lage kommen, die Regierungen noch zu größeren Ausgaben aufzufordern, wie sie selber fordern. Aber geradezu halte ich das Budgetrecht am Meisten gefährdet, daß das Parlament keine Mitwirkung ausüben soll daran, ob eine größere oder geringere Zahl Truppen bei der Fahne gehalten werden, ob Ersparnisse dadurch zu machen seien. Wir von den Liberalen wollen zu einer Verständigung in der Militärfrage mit der Regierung gern kommen, doch ist dies nur möglich, wenn wir im Budget alljährlich auch den Militäretat mitberathen und durch lebendige Theilnahme am Militairwesen wir unsere Verantwortlichkeit vor dem Lande decken können. Ich glaube auch, daß noch auf andere Weise wie durch § 1 diese Organisation sich schütten lassen wird. Einem illegalen Reichstage gegenüber würde diese gesetzlich festgesetzte Zahl doch keine Sicherheit bieten, da er in der Bewilligung für die Erhaltung dieser Soldaten ein Einwirkungsmittel darauf haben würde. Ferner aber ändern sich nicht auch die Ansichten des Militärs hierüber? Meiner Meinung nach ist auch mit völliger Streichung dieses Artikels eine Verständigung über diesen Entwurf unmöglich; ich halte ihn nicht für nöthig und unseren sonstigen Anschauungen entsprechend. Die liberalen Parteien haben stets ein warmes Herz für die Größe des Vaterlandes gehabt, und die Regierungen brauchen keine Furcht zu hegen, daß sie in illegaler Weise irgend wie ihr verfassungsmäßiges Recht in dieser Frage mißbrauchen werde. (Nachdem ein Berathungs- und ein Schlußantrag abgelehnt sind, erhält das Wort)

Abg. Dr. Gneist. Die Frage ist, soll auch der Militäretat unter das gewöhnliche Budgetrecht fallen. In Preußen hatte man Regierungsseits die Meinung, die Feststellung und Organisation des Heeres sei Sache des Kriegsherrn, die Landesvertretung hingegen bestand darauf, daß eine solche nur durch ein Gesetz möglich sei. Hieraus entstand in weiterer Reihe dieser Gesekentwurf. Schon in

allen früheren Verhandlungen im Preussischen Landtage haben wir stets gefordert, daß ein bestimmter Normaletat zu Grunde liegen müsse; wir haben bei dem Budget eines jeden Departements eine feste Grundlage über die wir vorweg einig sind; soll es denn bei der Militärverwaltung anders sein? Auch in andern Ländern, wo allgemeine Wehrpflicht in Geltung ist, wird stets eine feststehende bestimmte Zahl der Truppen, als der alljährlichen Budgetbewilligung zu Grunde liegend, angenommen. Die festen Cadres müssen auch wir annehmen, und die Frage ist denn nur, wie stark soll ein Bataillon und eine Schwadron sein: der Art 1 ist jedoch vollkommen unnötig und nur entstanden aus dem Pauschquantum. Haben wir feste Cadres und die Zahl des Bestandes eines Regiments festgestellt, so ergibt die Multiplication einfach die Präsenzstärke. Allgemeine Wehrpflicht aber und eine feste Präsenzzahl schießt sich einfach aus. Das Heer ist für das Volk eine Schule zur Ordnung, Reinlichkeit und Gehorsam; und diese Schule brauchen wir jetzt nötiger wie je. Wir wollen daher eine feste geschulte Organisation der Cadres, um für unser Militärbudget eine feste Grundlage zu gewinnen; die Fixirung der Präsenzzeit ist dagegen unmöglich und unnötig; aber ohne eine gesetzliche Grundlage der Cadres ist auch eine Verathung im Budget eine unmögliche. Und mit dieser Vorlage, wenn sie Gesetz geworden ist, wird dann der feste Ring zur Sicherung unseres Vaterlandes geschlossen sein.

Die erste Verathung wird geschlossen. Der Gesetzentwurf wird einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen. Um 4 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Antrag Schulze (Diäten) Antrag v. Rätz und Gen. (während der Sitzung eingegangen). 1. Verathung des Gesetzentwurfes über Impfwang.

Paris, 12. Februar. [Special-Correspondenz.] (Von einem Franzosen.) In Mitten unserer Arbeiten an der nationalen Reorganisation unserer parlamentarischen Kämpfe, kurz, unserer innern Verlegenheiten, welche durch den Antagonismus der Parteien hervorgerufen sind, sehen wir nicht ohne Gleichgültigkeit auf die Reise, welche heute der Kaiser von Oesterreich unternimmt, um den Besuch des Kaisers von Rußland zu erwidern. Wenn auch die Politik Frankreichs vorläufig und für lange Zeit die der Zurückhaltung und der Sammlung sein muß, so dürfen wir doch auch unsere Augen nicht dem verschließen, was außerhalb unserer Grenzen vorgeht. In den politischen Kreisen beschäftigt man sich daher lebhaft mit der Thatsache. Unsere Politiker und Staatsmänner sehen in ihr nur eine Höflichkeit, welche bestimmt ist, die Wiedervereinigung der beiden Höfe zu besiegeln, eine Wiedervereinigung, welche durch die Haltung Oesterreichs im Orient kriegerisch notwendig geworden und bereits bei der Entrevue in Berlin 1872 angedeutet war. In den Augen der Projectenmacher verfolgt diese Zusammenkunft keinen Deutschland feindlichen Zweck. Höchstens schiebt man den Oesterreichischen Staatsmännern die Absicht unter, daß sie sich ein wenig unabhängiger von Berlin machen möchten. Man weiß hier sehr wohl, daß die zwischen den Höfen von Petersburg und Berlin bestehenden Bande so fest wie je sind. Die der Politik der Regierung feindlich gesinnten Journale leiten aus dieser Entrevue die Veranlassung her, um eine Alliance gegen Preußen abzuwerfen zu lassen. Der „Français“, das Journal, welches am directesten von dem Herzog von Broglie inspirirt ist, bemüht sich dieselben über diese Illusion aufzuklären: „In der Reise des Kaisers von Oesterreich, sagt das Blatt, sehen wir mit Befriedigung eine Garantie für die Autonomie und Unabhängigkeit dieses großen Staates eine unbestimmte Vertagung aller Complicationen betreffs der Donau, folglich eine Friedensgarantie für Europa, sei es im Orient, sei es in Deutschland. Wir sehen aber keineswegs darin irgend welche Coalition gegen Berlin. Frankreich will, wie es so oft gesagt und bewiesen hat, den Frieden.“ So sagt die französische Regierung die Reise nach St. Petersburg auf. Sie will sich nicht durch die Polemik einiger Journale engagiren lassen, sei es, daß diese von einem zu weit gehenden Patriotismus hingerissen werden, sei es, daß sie sich von dem unwürdigen Wunsche leiten lassen, den innern und den äußern Frieden Frankreichs zu beunruhigen. — Die beiden Zwischenfälle, deren ich schon in meinem letzten Briefe Erwähnung that, sind in der Nationalversammlung eingetreten. Dieselbe hat jedoch der von Herrn Villain eingebrachten Interpellation kein Gehör geschenkt und ist in der mühsamen Discussion der neuen Steuer Gesetze fortgefahren. Der zweite Zwischenfall sollte bei der Abstimmung über die Wechselsteuer eintreten. Diese Steuer hatte heftigen Widerspruch erfahren; sie war in der Commission abgelehnt worden. Trotz einer heißen Bekämpfung seitens der Linken hat der Minister über diese Partei triumphirt und das Gesetz mit 200 Stimmen Majorität votirt erhalten. Dies Resultat war von großer Wichtigkeit, da, wenn das Gesetz nicht genehmigt worden wäre, Herr Magne seinen Posten verlassen haben würde und eine Finanzcrisis ausgebrochen wäre, welche alle Märkte Europas empfindlich berührt hätte. — Der Graf Arnim ist vorgestern hierher

zurückgekehrt. Meinen aus der directesten Quelle geschöpften Informationen zufolge, wird Herr von Arnim jedoch die Geschäfte der Gesandtschaft erst in vierzehn Tagen wirklich wieder übernehmen. Noch leidet er unter dem unglücklichen Schlage, der ihn betroffen hat. Seine Relationen mit der Regierung sind so, wie man es nur wünschen kann. Mit großer Befriedigung hat man es hier aufgenommen, daß die Deutsche Kaiserin ihr Erscheinen auf dem Ball zugesagt hat, welchen künftigen Sonntag unser Vorkaiser in Berlin zu geben gedenkt. — Gestern hat Herr von Arnim Herrn von Decazes seinen Besuch abgestattet. — Der heute Abend ausgegebene „Odeon“ veröffentlicht einen von Herrn Nouher an einen Journalisten gerichteten Brief, welcher zur Strafe von 300 Francs verurtheilt war, weil er das Septennat angegriffen hatte. Der Brief ist in dem Sinne ein Ereigniß, als der Chef der bonapartistischen Partei darin protestirt, daß seine Gesinnungsgegnern dem Aufrechterhalten der Gewalt Mac Mahons ihren Beistand leihen sollen und dieser Gewalt nur eine ephemere Dauer zugesetzt. Der Brief hat in den offiziellen Sphären große Sensation hervorgerufen, und man erwartet, daß er der Gegenstand einer Interpellation in der Kammer werden wird. Diesen Abend findet ein Ball auf der Präsidentschaft statt.

Offene Augen.

Novelle von Ludwig Habicht.

Fortsetzung.

„Ah, diese Schlüße haben Hand und Fuß“, entgegnete der Arzt; „sehen sie, das sind die offenen Augen, von denen Sie träumten, Sie selbst sollten sie haben.“

„Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr hüllt sich mir das entzehlge Geheimniß auf“, begann der Maler von Neuem. „Mir war es, als ich damals in die Residenz zurückkehrte, ganz unerklärlich, daß Mathilde von meiner heimlichen Liebe zu Celestine Kenntniß erhalten hatte. Ich zerbrach mir darüber den Kopf, denn ich hatte meinen Freunden in der Residenz nicht die mindeste Mittheilung gemacht; jetzt ist es mir klar. Sie stand also schon längst mit ihrem Vetter, dem Todtengräber, in Verbindung, und das allein bestärkt mich in der Vermuthung, daß die Fremde wirklich Mathilde war.“

„Wir wären also schon auf der rechten Fährte, und es gilt nur, sie rasch zu verfolgen meinte“, der Arzt.

„Ah, bei diesen verschlagenen Menschen ist die höchste Vorsicht nöthig“, bemerkte der Maler; „wir dürfen nicht eher mit unserm Verdacht hervortreten, bis wir ihnen ganz sicher das Netz über die Köpfe werfen können.“

„Ganz recht, wir haben vorläufig nur Vermuthungen, und ich liebe es auch nicht, die Finte abzu- drücken, wenn ich nicht meines Schusses völlig sicher bin.“

„Und hier gilt es auch, lieber Doktor, einen Kampf auf Leben und Tod“, entgegnete Richard. „Sobald wir mit unserer Anklage hervortreten, dann müssen wir sie ihres Verbrechens überführen können, oder es ist unser eigener Untergang. Diese beiden so wahlverwandten Geschöpfe sind wie Tiger, sie ruhen nicht eher, als bis sie denjenigen zerrissen, den sie zu ihrer Beute ausersehen haben.“

„Ich bin durchaus kein Mann der blaffen Furcht“, meinte der Doktor, „aber ich stimme Ihnen völlig bei. Die Fremde warf mir einen Blick des tödtlichsten Hasses zu, den ich damals nur komisch fand, der mir aber nun doch nicht mehr lächerlich erscheint.“

„Wir wollen also in aller Stille unsere weiteren Erkundigungen einziehen, der Schlag muß sie vor allen Dingen unvorbereitet treffen. Vielleicht läßt sich doch ermitteln, daß die Fremden an jenem verhängnisvollen Abend nicht weiter gefahren sind, genug, wir wollen Beide unsere Fäden spinnen.“

„Ueberlassen Sie das mir“, entgegnete der Doktor eifrig. „Ich weiß besser mit den Landleuten zu verkehren und bekomme alles leicht heraus, ohne daß es auffällt.“

„Und ich werde inzwischen in der Residenz Manches zu ermitteln suchen“, bemerkte der Maler, der bei ruhigem Nachdenken und durch des Doktors genauere Schilderung der Persönlichkeit Mathildens immer mehr die Ueberzeugung gewann, daß sie bereits auf der rechten Spur seien.

Richard wollte bis zum Begräbniß des Pfarrers dort bleiben, aber die Stunden schlichen doch sehr langsam dahin und bei seiner Wanderung durch den Garten trat ihm immer wieder das boshafte, tödtliche Gesicht des Todtengräbers vor die Augen. Er mußte daran denken, wie unheimlich es ihm schon damals erschienen war, als er über die Mauer gestarrt, um ihn und Celestine zu belauschen. Jedenfalls war er bei dem Morde der Unglücklichen tief verflochten, hatte vielleicht die That selbst ausgeübt und nun im Sterben keine Ruhe mehr gefunden, bis er gebeichtet. — Auch sein plötzlicher Wohlstand sprach für diese An-

nahme. Der Maler hatte keine Ruhe, er mußte wenigstens in diesem Punkte an Ort und Stelle Erkundigungen einziehen.

Das Haus des ehemaligen Todtengräbers war jetzt ganz verlassen. Niemand hatte sich bis jetzt als Erbe gemeldet, und die einzige Magd war aus Furcht vor dem Todten sogleich fortgezogen.

Die Wohnung war unverschlossen; es kummerte sich kein Mensch um die Habe des Verstorbenen und die Scheu vor der Leiche war so groß, daß die Ortsgerichte nicht für nöthig befunden hatten, die Siegel anzulegen und Alles zu verschließen. Vielleicht hatte auch die Ermordung des Pfarrers alle Aufmerksamkeit auf diesen einzigen Punkt gerichtet.

Der Maler trat ohne Weiteres ein. Dort in der großen, niedern Stube lag jetzt still und kalt der Mann, dessen boshaftes Gesicht damals über die Gartenmauer gegloht und ihn so unangenehm berührt — der Tod hatte dies Antlitz nicht verschönern können.

Auch jetzt vermochte Richard sich eines Gefühls von Grauen nicht zu erwehren; er starrte lange auf diese kramphast geschlossenen Lippen, die noch im letzten Todeszucken für den ehrwürdigen Geistlichen so verderblich geworden. — Welch fürchtbares, entzehlges Geheimniß hatten sie dem Priester anvertraut? — Wenn sie sich jetzt noch einmal öffnen könnten! . . . Seine forschenden Augen schweiften im Zimmer umher und blieben auf einem Tintenfasse haften, das noch auf dem Tische stand. Eine Feder lag dabei, — sie mußte noch vor kurzer Zeit benutzt worden sein, denn die daran klebende Tinte war noch frisch.

Ein Gedanke schoß durch Richards Hirn. Wenn der Pfarrer ein schriftliches Bekenntniß von dem Sterbenden aufgenommen hätte! . . . Alles schien darauf hinzudeuten! . . . Ah, dann war der schlagendste Beweis vorhanden und die Glenden vernichtet! . . . Aber wo war das Papier, und konnten es die Mörder nicht bereits ihrem Opfer entzogen haben? —

Er eilte in das Pfarrhaus zurück und fragte nach den Kleidern, die der Ermordete zuletzt getragen hatte.

Niemand konnte ihm anfangs Auskunft geben; endlich fanden sie sich in einem Winkel, wohin man sie in der ersten Aufregung geworfen hatte. Hastig nahm er die Kleider an sich und eilte damit auf sein Zimmer. Er wollte allein sein, damit Niemand die Aufregung bemerken konnte, in der er sich befand.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

*** [Allgemeiner Volks-Vauverein.] Die General-Verammlung findet am Montag, den 2. Februar, Vormittags 10 Uhr, im „Hotel Weintraube“, Wieden, Hauptstraße 52, statt. Tagesordnung: 1) Rechenschafts-Bericht, 2) Wahl der Vereinsleitung, 3) Grundkäuse, 4) Antrag auf Annahme des neuen Genossenschafts-Gesetzes mit unbedingter Hastpflicht.

*** [Wie man in Frankreich Romane macht.] Eugène Sue hatte die „Geheimnisse von Paris“ veröffentlicht, und die Vorbeeren der „Marienblume“ ließen den Courier Français nicht schlafen. Was war da zu thun? Der Courier Français hatte sich von der Lüsterheit des Publikums nach Geheimnissen überzeugt und war nicht mit Unrecht der Ansicht, ein packender Titel wäre die Hauptsache und würde dem Blatte eine Unzahl von Abonnenten zuführen. Antmar Joly wurde beauftragt, einen Englischen Romanchriftsteller zu ersuchen, die „Geheimnisse von London“ zu schreiben. Der Engländer schickte ein tödtlich langweiliges Manuscript ein, dessen Drucklegung ein müßiger Streich in das Wasser gewesen wäre. „Noch ist nichts verloren“, sagte eines Tages Antmar, „ich kenne einen Mann, der uns aus der Verlegenheit reißt.“ Er ging zu Déval, der mit seinem „Weißen Wolfe“ die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte. Wie ein Sturmwind brach er bei dem Verhört gewordenen ein. „Waren Sie in London?“ —

„Ne!“ — „Kennen Sie die Englische Literatur?“ — „Nicht im geringsten.“ — „Sie sind unser Mann; ich bestelle also einen Roman von 150,000 Zeilen: „Die Geheimnisse von London.“ Sie liefern mir von morgen ab die ersten fünf Feuilletons. Da haben Sie 5000 Francs als Vorfuß.“ — „Es ist aber rein unmöglich!“ erwiderte Déval. — „Warum? Was schreiben Sie da?“ — „Die Zufallsge-fährten.“ — „Ausgezeichnet! Das ist unser Fall, das brauchen wir!“ rief Antmar, indem er das Manuscript durchblätterte. „Wir brauchen nur die Namen abändern; starker Nebel muß hinein, Fabrikschlote dürfen nicht fehlen, und viel Brandy muß vertilgt werden. Wechseln Sie nur die Scene und vollenden Sie die Arbeit unter der Flagge Englands; das Uebrige wird sich finden.“ — Sechs Monate später war der Roman fix und fertig und hatte bei der Veröffentlichung ungeheuren Erfolg.

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Memel.
Verantwortlicher Redacteur Dr. Rätz in Memel.